

JUGENDPOLITISCHE POSITIONEN **ZUR NRW-LANDTAGSWAHL 2010**

Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Nordrhein-Westfalen e.V.

Vor zwanzig Jahren formulierte das Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) das Recht junger Menschen auf Erziehung und zugleich die grundlegende Aufgabe, Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen und positive Lebens- und Umweltbedingungen für junge Menschen und ihre Familien zu schaffen. Die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e. V. gründet ihre Arbeit auf diese Programmatik.

Wir wissen, dass Gefährdungen junger Menschen – ob durch Alkohol, Rauchen, legale und illegale Drogen oder durch exzessiven Medienkonsum verursacht – vielfach keine isolierten Verhaltensweisen sind, auf die mit einzelnen Fachkampagnen, gesetzlichen Regelungen oder begrenzten Präventionsstrategien reagiert werden kann. Erforderlich ist ein Blick auf die tatsächlich verursachenden Kontexte, nicht allein ein Bearbeiten der Symptome. In diesem Sinne benötigen wir Förderung und Stärkung des „normalen“ Aufwachsens, nicht einen Tunnelblick auf Defizite und Probleme.

Mit den folgenden Positionen, die zugleich als Wahlprüfsteine für die Landtagswahl am 9. Mai 2010

dienen, wenden wir uns an die politischen Parteien in Nordrhein-Westfalen und die in der gesellschaftspolitischen Willensbildung beteiligten Personen, Institutionen und Verbände.



Katholische
Landesarbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz
Nordrhein-Westfalen e. V.

Lebensverhältnisse

Der Blick auf die Verhältnisse, in denen Kinder- und Jugendliche heute aufwachsen, zeigt, dass sich materielle Rahmenbedingungen auf die aktuelle Lebenssituation und auf die grundsätzliche Zukunftserwartung junger Menschen auswirken. Ob Kinder und Jugendliche in hinreichender Sachausstattung heranwachsen, unter welchen Wohnbedingungen sie leben und das Zusammenleben mit ihren Mitmenschen erlernen – all das hat prägende Bedeutung.

Die Einkommensverhältnisse in unserer Gesellschaft driften zunehmend auseinander. Die Zahl derer, die von Armut bedroht sind, steigt. Besonders häufig sind davon Alleinerziehende sowie Kinder und Jugendliche betroffen. Es gilt, diesen Entwicklungen politisch entgegenzusteuern. Anstatt in die spätere „Reparatur“ devianter Biographien zu investieren, wäre es bei einem Großteil der Empfänger von Jugend- und Sozialhilfe nicht nur kostengünstiger, sondern auch pädagogisch sinnvoll, ausreichenden Wohnraum bereitzustellen und für befriedigende finanzielle Verhältnisse zu sorgen. Jede Kumulation belasteter Familien in sich allmählich zu Ghettos entwickelnden Wohnquartieren ist zu vermeiden.

Kinder und Jugendliche benötigen Lebensverhältnisse, in denen sie in Frieden aufwachsen können, und die ihnen Unterstützung und Förderung bei ihrer Entwicklung bieten.

Schule

Die Schule stellt in der Regel über mindestens 10 Jahre das strukturierende Moment im Leben von Kindern und Jugendlichen dar. Dabei weisen die deutschen Schulen markante Defizite auf:

Die Aufteilung auf die verschiedenen Schulformen, die in Nordrhein-Westfalen bereits neunjährige Kinder in der Klasse 4 betrifft, und die davon abhängigen Bildungsabschlüsse, weisen einen signifikanten Zusammenhang mit der sozialen Herkunft der Kinder und Jugendlichen auf. Lebenschancen von Kindern werden somit von Beginn an in skandalöser Weise beschnitten. Zugänge zu höheren Abschlüssen erscheinen (z.B. über Nachhilfe) käuflich. Das ist mit Blick auf die individuelle Zukunft der Kinder und Jugendlichen wie auch in gesellschaftlicher Perspektive nicht hinnehmbar. Pädagogisch und psychologisch gibt es keine tragenden Argumente für die Beibehaltung des gegliederten Schulwesens.

Dass die Zugänge im gegliederten Schulsystem nur noch von Lehrern und nach Schulleistungsnoten beurteilt werden, ist eine Abkehr von der pädagogischen Perspektive. Die Vergabe von Kopfnoten ab der Klasse 2 ist u.E. Unsinn – als könne man so das Lernen von sozialen

Verhaltensweisen, Leistungsbereitschaft und Konfliktfähigkeit fördern. Die Stoffkomprimierung in den Gymnasien auf nunmehr acht Schuljahre sorgt dafür, dass Kinder weniger Mußzeiten, weniger Freizeit und weniger Raum für persönliche Entwicklungen behalten.

Deutsche Schulen sind immer noch weit unterdurchschnittlich mit Schulsozialarbeitern, Psychologen und Seelsorgern wie Gesundheitspflegern versorgt. Die Entwicklung der Kinder ganzheitlich zu fördern, dafür Räume und Zeiten bereitzustellen und eine gewisse Fehlerfreundlichkeit sind nicht ausgeprägt. Die deutsche Schule ist ein defizitorientiertes System, das Leistung und ökonomische Verwertbarkeit in den Vordergrund rückt.

Im Schulbereich werden strukturelle Reformen, eine veränderte Lehrerausbildung und vor allem anderen die Wiedergewinnung von pädagogischen Freiräumen für Lehrerinnen und Lehrer benötigt sowie darüber hinaus die organisatorisch gesicherte Kooperation mit außerschulischen Partnern in der Bildung von Kindern und Jugendlichen.

Außerschulische Bildung

Bildung als Hilfe zur Lebensbewältigung muss in enger Kooperation von Schule und Jugendhilfe realisiert werden. Beide Bereiche sind gleichberechtigte, sich ergänzende Partner. Eine Zusammenarbeit wird nur dann gelingen, wenn gemeinsame Aus- und Fortbildungselemente von Lehrern und Fachkräften der Jugendhilfe Wirklichkeit werden.

Bildung endet nicht mit dem Erreichen eines Schulabschlusses. Sie ist ein lebenslanger Prozess, nicht nur für die Kinder und Jugendlichen, sondern auch für ihre Eltern. Angesichts großer Verunsicherungen in der Erziehung von Kindern und Jugendlichen, die sich u.a. in steigenden Fallzahlen bei Hilfen zur Erziehung, Inobhutnahmen und Sorgerechtsentzügen äußern, wird es zunehmend wichtiger, die Erziehungskompetenzen von Vätern und Müttern durch eine qualifizierte Elternbildung zu stärken und zu fördern.

Die Potentiale der außerschulischen Bildung und des lebensbegleitenden Lernens für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen müssen ausgeschöpft werden. Eltern müssen zudem angemessene Formen der Unterstützung und Förderung ihrer Erziehungskompetenzen zur Verfügung gestellt bekommen.

Gesundheit

Gesundheit ist ein zentrales Thema für den Einzelnen wie für die gesamte Gesellschaft. Das gesunde Aufwachsen



von Kindern und Jugendlichen und die dazu erforderlichen strukturellen Rahmenbedingungen zu schaffen, ist ein Anliegen des Kinder- und Jugendschutzes.

Prävention und Gesundheitsförderung sind politische Querschnittsaufgaben, die sich heute nicht mehr auf legale und illegale Drogen beschränken. Körperliche, seelische und geistige Komponenten ermöglichen im wechselseitigen Zusammenwirken die Gesundheit der Menschen. Neben Suchtprävention kommen hier auch Fragen der Ernährung, des Medikamentenmissbrauchs, psychosoziale Belastungen und psychische und physische Erkrankungen in den Blick - sowohl der Eltern als auch der Kinder.

Eine effektive, nachhaltig wirksame Prävention und Gesundheitsförderung braucht regionale Netzwerke, die alle Kinder und Jugendlichen erreichen. Erfahrungen zeigen, dass Projekte allein dieses Ziel nicht verwirklichen.

In der Prävention und Gesundheitsförderung sind dauerhafte, umfassende Konzepte unumgänglich, die sich insbesondere an junge Menschen in prekären Lebenslagen richten.

Freizeit und Medien

Jugendarbeit muss Orte, Zeiten und Möglichkeiten bieten, in denen Kinder und Jugendliche ihr Tun selbst bestimmen und Verantwortung für ihr eigenes Handeln übernehmen. Erst solche Freiräume ermöglichen zweckfreie und selbstbestimmte Entwicklungen. Kinder und Jugend-

liche benötigen dafür ein angemessenes Bildungs- und Freizeitangebot. Zudem werden so soziale Ausgrenzung und Isolation verhindert.

Ein medienpädagogisches Angebot für Kinder und Jugendliche befähigt zur sinnvollen, reflektierten und verantwortungsbewussten Nutzung der Medien. Medien können Kinder und Jugendliche in ihrer Selbstverwirklichung unterstützen und befähigen zur kulturellen und gesellschaftlichen Teilhabe. Die Medien stellen Deutungsangebote bereit und organisieren Identifikations- und Handlungsräume. Dabei dürfen die neuen Probleme sowie gesellschaftliche Risiken nicht außer Acht bleiben: ethisch fragwürdige Medienangebote, soziale Benachteiligungen bis hin zu fahrlässigen Formen des Umgangs mit (digitalen) Medien.

Die Sach- und Personalausstattung für die außerschulische Jugendarbeit müssen erhöht werden. Zudem muss Medienpädagogik sowohl als Angebot im Rahmen der außerschulischen Bildung wie auch als Querschnittsfach im Rahmen der Schule fest verankert werden.

Engagement und Partizipation

Die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement in der Jugendhilfe sind zu verbessern. Ein ehrenamtliches Engagement stellt eine unverzichtbare Ressource sowohl für die persönliche Entwicklung der aktiven Jugendlichen als auch für unsere gesamte Gesellschaft dar. Diese Er-

kenntnis muss mehr ins Bewusstsein gerückt werden. Dazu gehört auch, die im Ehrenamt erworbenen Kompetenzen stärker für die berufliche Profilbildung nutzbar zu machen und bei der Anrechnung auf Studienleistungen zu berücksichtigen.

Zudem müssen die Möglichkeiten der Beteiligung und die Mitspracherechte von Kindern und Jugendlichen weiter ausgebaut werden. Dazu gehört es, eine mögliche Absenkung des Wahlalters zu überprüfen und die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Die bestehenden

Erkenntnisse über veränderte Formen des politischen und bürgerschaftlichen Engagements sollten genutzt werden, um neue Möglichkeiten der Partizipation zu initiieren.

Jungen Menschen sollten mehr alters- und entwicklungsangemessene Möglichkeiten der Beteiligung eröffnet werden. Zudem müssen die Rahmenbedingungen und die Anerkennung von freiwilligem Engagement verbessert werden.

Kinder und Jugendliche brauchen ein Umfeld, in dem sie sich willkommen fühlen und ihre Fähigkeiten entfalten können. Die beteiligten Akteure in Nordrhein-Westfalen sind aufgefordert, sich für gerechte, gute Lebensbedingungen einzusetzen. Herausforderungen und Ziele für die Jugendpolitik in NRW bestehen vor allem darin, diese Rahmenbedingungen für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen ressortübergreifend zu verbessern, sowohl auf politischer Ebene wie auch in der Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure vor Ort.

Um diese Herausforderungen zu bewältigen, können und müssen die synergetischen Kräfte eines konstruktiven, ressortübergreifenden Miteinanders genutzt werden.

Dabei ist die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e. V. gerne zur Mitwirkung bereit.

Die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e. V. ist ein Zusammenschluss katholischer Träger und Verbände sowie jugendpastoraler Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen, die sich mit Fragen und Aufgaben des Kinder- und Jugendschutzes befassen.

Ihr Ziel ist es, den Kinder- und Jugendschutz in Kirche und Gesellschaft zu fördern. Grundlage des Engagements bildet das christliche Welt- und Menschenbild.

Dieses Positionspapier wurde vom Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft herausgegeben. Vorstandsmitglieder sind:

Prof. Dr. Joachim Faulde (Vorsitzender), Kath. Hochschule NRW, Abteilung Paderborn

Sigrid Stapel (Stellv. Vorsitzende), Kolpingwerk Diözesanverband Köln

Theo Breul, Caritasverband für das Erzbistum Paderborn e. V.

Alexandra Horster, Vorsitzende des BDKJ NRW

Elisabeth Neuhaus, Erzbischöfliches Generalvikariat Köln, Abteilung Erwachsenenseelsorge

Prof. Dr. Bruno W. Nikles (Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz), Universität Duisburg-Essen

Michael Sandkamp, Bischöfliches Generalvikariat Münster, Abteilung Schulpastoral, Referat Eltern und Schule

Redaktion: Gesa Bertels

Münster, März 2010